

Unversöhnlich in Genf

Die neue Gesprächsrunde über Frieden in Syrien begann frostig. Seite 3

Von Rache getrieben

Jürgen Vogel als Ötzi in »Der Mann aus dem Eis«. Seite 13

Provokante Prosa

Die Schriftstellerin Ken Bugul lebt in Senegal. In ihrem jüngsten Roman verteidigt sie einen weiblichen Lebensentwurf, der westliche Normen auf den Kopf stellt. Seite 14



Foto: dpa/Felix Hörhager



Foto: imago/ZUMA Press

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 30. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 279 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Groß, größer, sinnlos

Grit Gernhardt will Sanierungen statt teurer Projekte

Wer sich jemals mit dem Bau von Großprojekten hierzulande beschäftigt hat, dürfte auf die heutigen Hiobsbotschaften aus Stuttgart höchstens mit dem Heben einer Augenbraue reagiert haben. Der geplante und heftig umstrittene Tiefbahnhof wird teurer und später fertig – wie überraschend. Kritiker hatten das seit Jahren vorhergesagt; im CSU-geführten Verkehrsministerium und beim Staatskonzern Deutsche Bahn wollte niemand davon hören. Dabei hätten die Erfahrungen mit der Hamburger Elbphilharmonie oder dem bis heute nicht eröffneten Berliner Flughafen BER allen Beteiligten eine Warnung sein sollen.

Ohnehin bleibt unklar, warum die Bahn angesichts des Investitionsbedarfs im Schienenverkehr, angesichts maroder Brücken und aus Kostengründen stillgelegter Strecken auf prestigeträchtige, aber laut verschiedener Studien nicht einmal notwendige Mega-Projekte setzt. Die verschlingen dann auch noch das Geld, das in Sanierungen und dem Ausbau vorhandener Verkehrswege wesentlich besser angelegt wäre.

Fragt man die Bürger, sieht man ebenfalls, dass Bund und Bahn an deren Bedürfnissen vorbei bauen: Nur 38 Prozent der Stuttgarter Einwohner hatten laut einer Umfrage im September eine gute Meinung von S21, ebenso viele fanden das Projekt schlecht oder sehr schlecht. Ob man es gut findet oder nicht, die steigenden Kosten fallen am Ende allen auf die Füße. Gehobene Augenbrauen werden nicht ausreichen, um das Problem zu stemmen.

UNTEN LINKS

Das Bahnprojekt **Stuttgart 21** wird teurer als geplant. Nach Berechnungen der Bahn wird der Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs unter Tage 7,6 Milliarden Euro kosten, und damit 1,1 Milliarden mehr als bisher angenommen. Die für das Jahr 2023 vorgesehene Eröffnung wird sich bis 2024 verzögern. Das mit 60 Kilometer Länge veranschlagte Tunnelsystem wird nach Neubezeichnungen 600 Kilometer betragen. Die Fahrzeit zwischen Ulm, die sich von 54 auf 31 verringern sollte, dürfte sich somit auf vier Stunden und 37 Minuten verlängern. Aus technischen Gründen wird eine Fahrt durch Stuttgart hindurch nicht ohne Umsteigen möglich sein. Statt des vorgesehenen Durchgangsbahnhofs werden nämlich zwei symmetrisch angeordnete Kopfbahnhöfe gebaut. Züge auf der europäischen Magistrale Budapest – Paris werden künftig die schnellere Route über Berlin-Schönefeld nutzen; auch weil man dort schon im nächsten Leben Anschluss an den Luftverkehr des BER hat. *rst*

Stahlharte Handelskonflikte

Konkurrenzkämpfe einer alten Industrie sollen bei G20-Treffen reguliert werden



Foto: dpa/Peter Steffen

Berlin. Vor einem internationalen Ministertreffen zur globalen Stahlkrise am Donnerstag in Berlin hat der deutsche Lobbyverband der Branche konkrete Regeln zum Abbau von Überkapazitäten gefordert – natürlich nicht in Europa, sondern in China. »Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme und verbindliche Regeln, die marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse stärken. Die Chance ist da und sie muss ergriffen werden«, sagte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Hans Jürgen Kerkhoff.

Im Bundeswirtschaftsministerium kommen Vertreter der Gruppe der 20 wichtigsten In-

dustrie- und Schwellenländer (G20) sowie weiterer OECD-Staaten zu Beratungen über Wege aus der Stahlkrise zusammen. Minister und Spitzenbeamte der wichtigsten Stahl-Länder sind vertreten. Hintergrund sind Überkapazitäten und drohende Handelsstreitigkeiten. »Wir arbeiten mit Hochdruck daran, diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Ob das gelingt, ist allerdings noch offen«, sagte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) vor dem Treffen des »Global Forum on Steel Excess Capacity«. Es komme darauf an, dass sich die G20-Partner auf konkrete Handlungsempfeh-

lungen zum Abbau der Stahlüberkapazitäten einigten.

Die G20 hat sich lange Zeit speziell nur mit der Bankenbranche beschäftigt. Dass man sich erstmals gezielt einer »alten« Industriebranche widmet, zeigt, wie wichtig die Staaten die Stahlbranche nehmen und als wie ernst sie die derzeitigen Probleme wie auch die drohenden Handelskonflikte ansehen.

Für die Bundesregierung bildet das Treffen in Berlin den Abschluss der deutschen G20-Präsidentschaft. Am Freitag übernimmt ein lateinamerikanisches Schwellenland den Vorsitz: Argentinien. *KSt Tagesthema Seite 2*

Nordkoreas Rakete provoziert »große Sorge«

Internationaler Protest nach erneutem Testflug / US-Städte jetzt angeblich in Reichweite

Nordkorea hat mit seinem Test einer Rakete großer Reichweite erneut für internationalen Protest gesorgt.

Von Park Chan-Kyong, Seoul

Empörte Reaktionen des Westens und Russlands, besorgte Aufrufe zu Verhandlungen aus China. Die USA, Japan und Russland verurteilten den jüngsten Raketentest Nordkoreas am Mittwoch, die Bundesregierung bestellte den nordkoreanischen Botschafter ein. China äußerte seine »große Sorge« und zugleich Hoffnung auf eine »friedliche Beilegung« des Konflikts. Pjöngjang hatte zuvor eine ballistische Interkontinentalrakete vom Typ Hwasong-15 getestet und erklärte, das gesamte US-Festland liege in Reichweite nordkoreanischer Raketen.

Nach US-Erkenntnissen stürzte die Rakete etwa 1000 Kilometer vom Startort entfernt ins

Meer, sie habe keine Gefahr für Nordamerika dargestellt. Experten zufolge handelte es sich aber um eine besonders starke Rakete mit großer Reichweite. Mit bisherigen Raketen kann Nordkorea bereits den US-Bundesstaat Alaska erreichen.

US-Präsident Donald Trump drohte schärfere Sanktionen an. Nach einem Telefonat mit dem japanischen Premier Shinzo Abe wurde erklärt: »Die Provokationen des nordkoreanischen Regimes untergraben seine eigene Sicherheit und treiben seine Isolation in der internationalen Gemeinschaft voran.« Trump telefonierte auch mit Südkoreas Präsident Moon Jae In. Dieser sagte in Seoul: »Wir müssen das Szenario vermeiden, in dem der Norden die Lage falsch einschätzt und uns mit Atomwaffen bedroht oder in dem die USA einen Präventivschlag erwägen.«

Der chinesische Außenamts-sprecher Geng Shuang äußerte

»große Sorge« und rief die USA und Nordkorea zu Verhandlungen auf. Nordkorea müsse sich an die UN-Resolutionen halten und Handlungen unterlassen, »die die Spannungen auf der koreani-

Ihre Flugbahn legt eine Reichweite der Rakete von 13 000 Kilometern nahe, so dass sie jede größere US-Stadt erreichen könnte.

schon Halbinsel anheizen«. Zugleich mahnte der Sprecher eine friedliche Verhandlungslösung an, da es keine militärische Lösung geben könne.

Der Ministeriumssprecher bekräftigte Chinas Vorschlag, dass Nordkorea seine Waffentests einstellen solle und die USA im Ge-

genzug ihre Militärmanöver in der Region aussetzen. Washington hatte dies wiederholt abgelehnt. Noch am Mittwoch wollte der UN-Sicherheitsrat über Nordkoreas Raketentest beraten, den UN-Generalsekretär Antonio Guterres als »klaren Verstoß« gegen UN-Resolutionen bezeichnete.

Russland sprach von einer »Provokation« Nordkoreas. Der Raketentest lasse die Aussichten auf eine Beilegung der Krise in die Ferne rücken, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow in Moskau. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnete Nordkoreas Vorgehen als »Bedrohung der Stabilität der gesamten Region«.

Die getestete Rakete erreichte nach nordkoreanischen Angaben eine Flughöhe von 4475 Kilometern. Nach Einschätzung des US-Experten David Wright legt ihre Flugbahn eine Reichweite von 13 000 Kilometern nahe, so dass sie jede größere US-Stadt erreichen könnte. *AFP*



8 Seiten Beilage

Ehemann von Tolu kommt frei

Suat Corlu aus Haft entlassen / Stellungnahme der Türkei zu Yücel

Berlin. Für die in der Türkei inhaftierte deutsche Journalistin Mesale Tolu gibt es neue Hoffnung. Ihr wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« angeklagter Ehemann Suat Corlu, der seit April in Haft saß, wurde freigelassen. Laut Tolus Bruder hatte ein Gericht in Istanbul dies an seinem ersten Prozesstag am Dienstag angeordnet. Der Vater von Mesale Tolu, Ali Rikza Tolu, sagte der »Schwäbischen Zeitung«, er hoffe nun, seine Tochter werde beim nächsten Prozesstermin am 18. Dezember freigesprochen.

Im Fall des ebenfalls inhaftierten Korrespondenten der »Welt«, Deniz Yücel, erhielt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am Dienstag – kurz vor Fristablauf – die Stellungnahme der türkischen Regierung zu einer eingereichten Beschwerde. Zum Inhalt machte eine Gerichtssprecherin zunächst keine Angaben. *epd/nd*

Justiz räumt Weg für Morales frei

Verfassungsgericht in Bolivien erlaubt Wiederwahl des Präsidenten

Quito. In Bolivien hat das Verfassungsgericht den Weg für eine vierte Amtszeit von Präsident Evo Morales freigemacht. Das Gericht ließ am Dienstag (Ortszeit) einen Antrag der Regierungspartei MAS gegen mehrere Verfassungsartikel zu, die eine erneute Wiederwahl des Präsidenten bisher verboten. Die Verfassung dürfe die politischen Rechte des Staatsoberhauptes nicht einschränken, heißt es zur Begründung, wie die Zeitung »El Deber« berichtet. Damit kann Morales bei den Wahlen 2019 für eine vierte Amtszeit kandidieren.

Die Opposition sprach von einem »Staatsstreich gegen die Demokratie«. »Das Verfassungsgericht hat die demokratischen Garantien zerstört«, kritisierte Ex-Präsident Carlos Mesa. Es verwandele Bolivien in ein Land, das der Willkür von Präsident Morales unterliege. *epd/nd* *Kommentar Seite 4*

Stuttgart 21 teurer und später fertig

Umstrittenes Bahnhofprojekt kostet eine Milliarde Euro mehr als geplant

Berlin. Die Bundesregierung sieht angesichts höherer Kostenerwartungen der Deutschen Bahn (DB) für das umstrittene Projekt Stuttgart 21 den Aufsichtsrat des Konzerns am Zug. Er müsse sich mit Fortschreibungen der Bahn zu Angaben über Kosten und Bauzeit befassen, sagte ein Sprecher des Verkehrsministeriums am Mittwoch in Berlin.

Die DB erwartet mittlerweile einen Kostenrahmen von 7,6 Milliarden Euro, wie die dpa erfuhr. Bislang waren 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Zugleich verzögert sich die Fertigstellung des Projekts auf Ende 2024.

Sabine Leidig, Verkehrspolitikerin der LINKEN im Bundestag, plädierte für einen Ausstieg aus Stuttgart 21. Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer verlangte eine stärkere Kontrolle von Großprojekten. Es räche sich, dass das Verkehrsministerium Warnungen ignoriert habe. *dpa/nd*

